

In Mannheim sollen 700 Stellen gestrichen werden – Kraftwerksstandort in Gefahr

# Sein oder Nichtsein bei Alstom

Bei Alstom Power in Mannheim (früher ABB) brennt der Baum. Ende April hatte der Konzern angekündigt, fast 3000 Arbeitsplätze im Kraftwerksbau streichen zu wollen. Auf Mannheim sollen davon rund 700 Stellen entfallen. Das würde die Halbierung des dortigen zentralen Bereiches Kraftwerke bedeuten, so der Betriebsrat, und wäre damit ein entscheidender Schritt zur Zerschlagung des gesamten Standortes. „Résistance – Widerstand“, das ist jetzt des Motto in Mannheim-Käfertal.

„Es geht um Sein oder Nichtsein“, sagte der Vorsitzende des Konzernbetriebsrats, Udo Belz. Der ersten spontanen Arbeitsniederlegung folgten inzwischen weitere Proteste der Belegschaft. Denn das Mannheimer Werk schreibt schwarze Zahlen – „dreistellige Milliongewinne“, sagte Belz. Den Alstom-Konzern insgesamt drückt allerdings eine Schuldenlast von über 5 Milliarden Euro. Verursacht wurde diese Schuldenlast unter anderem durch Fehlentscheidungen des ABB-



Résistance – Widerstand: Mannheimer Alstom-Power-Beschäftigte protestieren gegen Stellenabbau

Managements in den 90-er Jahren. Damals wurden bei der Entwicklung von Gasturbinen Fehler gemacht, die zu Qualitätsmängeln führten. Die Folgekosten – Reparaturen und Konventionalstrafen – summierten sich zu Milliarden. Der Schuldenlast steht ein Börsenwert des Konzerns von derzeit nur rund 400 Millionen Euro gegenüber. Die Gläubigerbanken sind also nervös und das Konzept des Konzernvorstands lautet: Möglichst viel möglichst schnell zu Geld machen – Ausverkauf und

sparen auf Kosten der Beschäftigten. Entgegen der ursprünglichen Ankündigung von Alstom, der Sparkurs werde „fair“ und „unter vollständiger Einbeziehung der Sozialpartner“ erfolgen, wurden nun doch zuerst Fakten geschaffen. Der Europäische Betriebsrat sieht sich dadurch provoziert und missbraucht. Der Vorsitzende Albrecht Kotitschke: „So gerät der Europäische Betriebsrat zur Farce.“ Der Euro-Betriebsrat hat rechtliche Schritte angekündigt, denn der Alstom-Vorstand ist über eine Vereinbarung verpflichtet, solche einschneidenden Maßnahmen zu beraten, bevor offizielle Entscheidungen getroffen werden. In Mannheim organisieren die Beschäftigten jetzt den Widerstand – auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene: „Résistance“ gegen Kahlschlag und Ausverkauf. ◀

## EZE Eberbach

► **10 000 Lehrstellen weniger:** Auch das Elektronik Zentrum Eberbach/Neckar EZE gehörte einmal zu ABB Alstom und wurde verkauft. Semecs hieß der Betrieb danach – und ging 2002 Konkurs. ABB hatte an eine „unsichere und aus heutiger Sicht nicht gründlich geprüfte Gesellschaft“ verkauft – so sieht es Heidelbergs IG Metall-Bevollmächtigter Pat Klinis. Nach dem Konkurs wurde aus Semecs EZE. Von den ursprünglich 470 Arbeitsplätzen konnten zunächst 310 weiter bestehen, 110 davon befristet. Jetzt wollte das Unternehmen nur 40 der Befristeten und 125 der „Festen“ übernehmen; 130 weitere müssen gehen, wenn auch erst einmal in die Beschäftigungsgesellschaft. Klinis: „So viele Jahre Treue zu ABB und Semecs und zum

**WIR WIRBELN**

**ALSTOM Résistance Widerstand**

**GEGEN ARBEITSPLATZ-ABBAU BEI ALSTOM**

Statt neuer Massenentlassungen endlich einmal Licht am Ende des Tunnels

## Beschäftigung bei Alcatel SEL für 2003 gesichert

Vielen Jahren schon wird bei Alcatel SEL in Stuttgart und anderen Standorten immer wieder massenhaft Personal abgebaut. Genau so lange wehren sich die Beschäftigten mit den Mitteln, die sie haben – gemeinsam mit ihrer IG Metall. Jetzt haben sie erstmals erreicht, dass der Vorstand am Standort Stuttgart einem Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung zustimmte.

Im Mai wurde die wöchentliche Arbeitszeit von 35 auf 30 Wochenstunden gesenkt, gleichzeitig auch die Einkommen, so wie es der Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung vorsieht. Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden auf Basis der 35-Stunden-Woche gezahlt. Die befristet eingestellten Azubis des Jahrgangs 2002 werden fest übernommen.

Alcatel SEL verzichtet bis Ende 2003 auf Kündigungen. Die ursprünglichen Vorstandspläne hatten bis Ende Juni dieses Jahres die Vernichtung von mehr als



Foto: Graffini/Reitgers

1100 der derzeit rund 7700 Arbeitsplätze vorgesehen. Einstmals waren es in Stuttgart weit über 20 000 Beschäftigte. „Das bedeutet für die Beschäftigten zwar weniger Geld, dafür bleiben aber die Arbeitsplätze in

Stuttgart erhalten“, kommentierte Alois Süss, der Betriebsratsvorsitzende: „Anstelle neuerlicher Massenentlassungen schimmert Licht am Ende des Tunnels.“ Das Unternehmen behält sich allerdings für 2004

**Protest bei Alcatel SEL in Stuttgart: Beschäftigung gesichert**

Kündigungen vor. Vorsorglich wird ab Ende 2003 eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft gegründet. ◀

## Recaro Schwäbisch Hall hält sich nicht an Wiedereinstellungszusage für entlassene Beschäftigte Als Leiharbeiter auf die alte Stelle zurück

Zuerst entlassen werden und später als Leiharbeiter am alten Arbeitsplatz für ein Drittel weniger Geld arbeiten? Kein Witz, ein Skandal und leider Realität bei Recaro in Schwäbisch Hall.

Ende 2001, nach den Terroranschlägen in New York, verzeichnete der Hersteller von Flugzeugsitzen Umsatzeinbrüche und wollte Beschäftigung abbauen. Von 500 sollten 160 gehen, keine Kleinigkeit in einer strukturschwachen Region wie dem Hohenlohischen. Immerhin konnten Betriebsrat und IG Metall einen vergleichsweise gut dotierten Sozialplan abschließen. Der enthält eine Passage, an die

sich das Unternehmen partout nicht erinnern will: Noch bis zum Juli 2004 gilt eine Wiedereinstellungszusage für die Entlassenen, sollte sich die Auftragslage verbessern.

Jetzt im Frühjahr hatte Recaro Bedarf an zusätzlichen Beschäftigten. Statt an die Entlassenen wandte sich Recaro aber an eine Leiharbeitsfirma. Und die Leiharbeitsfirma fragte bei den arbeitslosen ehemaligen Recaro-Beschäftigten an. So kam es, dass sich die Ehemaligen manchmal an ihrem alten Arbeitsplatz wiederfanden, allerdings mit dem Drittel weniger an Einkommen.

Die Klage gegen diese Praxis

haben Betriebsrat und IG Metall vor dem Arbeitgericht gewonnen. Jetzt steht die Revision zum Landesarbeitgericht an und es bleibt offen, wann eine Entscheidung fällt. Inzwischen müssen sich die Betroffenen wohl oder übel mit der Situation abfinden. Was Alfons Kuhnhäuser, den Zweiten Bevollmächtigten in Schwäbisch Hall so auf die Palme bringt, ist die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Firma. Dabei hätte Recaro die Ehemaligen sogar befristet einstellen können, wenn der Auftragslage nicht zu trauen ist. Aber ihnen im Entlassungsbrief zu versichern, „wir holen Sie wie-

der“ – „und dann so, das ist keine Art und Weise“, sagte Kuhnhäuser. ◀

### Bezirkskonferenz

„Für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit“ – so lautet das Motto der diesjährigen Bezirkskonferenz der IG Metall in Baden-Württemberg. Die 54. Bezirkskonferenz findet am 24. Juni in der Stadthalle in Sindelfingen statt (Beginn 10 Uhr). Vormittags wird Bezirksleiter Berthold Huber Rechenschaft ablegen. Am Nachmittag spricht der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel. ◀

Metallbau-Branche Baden-Württemberg: Arbeitgeber zu Verhandlungen aufgefordert – bisher:

## Keine Altersteilzeit, keine Entgeltumwandlung



**Metallbau, Schlosser und Schmiede: Harte Arbeit, die keiner bis 65 machen kann und keine Altersteilzeit?**

Schlossern und Schmieden versucht, eine Lösung zu finden: „Die Notwendigkeit für eine zusätzliche Altersvorsorge liegt auf der Hand“, sagt Mirko Geiger, der für die IG Metall-Bezirksleitung die Verhandlungen führt: Wer nicht zusätzlich vorsorgt, hat im Alter nur Anspruch auf die gekürzte staatliche Rente und es zeichnet sich ab, dass diese nicht mehr ausreichen wird. Voraussetzung für die staatliche Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge ist aber ein Tarifvertrag.

Nicht weniger Argumente gibt's für die Altersteilzeit. Beschäftigte im Metallbau haben harte Arbeitsbedingungen, die kaum einer bis 65 durchhalten kann.

Deshalb wollen die Beschäf-

tigten eine Regelung zur Altersteilzeit. „Tarifverträge zu Entgeltumwandlung und Altersteilzeit gibt es in fast allen Branchen, nur nicht im Metallbau“, sagt Mirko Geiger: „Das ist unverständlich, zumal die Regelungen weitgehend kostenneutral für die Arbeitgeber sind.“

Die IG Metall forderte die Arbeitgeber erneut zu konstruktiven Verhandlungen auf. Die Beschäftigten sammeln Unterschriften und wollen so den Arbeitgebern die Notwendigkeit von tarifvertraglichen Regelungen demonstrieren. ◀

In der Metallbau-Branche in Baden-Württemberg gibt es immer noch keine Regelungen zu Altersteilzeit und Entgeltumwandlung zur Altersvorsorge. Die Arbeitgeber, so ihre Aussage,

sehen im Moment dafür keinen tarifpolitischen Handlungsbedarf.

Dem widerspricht die IG Metall, die im Auftrag der betroffenen Feinwerktechniker, von

### Willi-Bleicher-Preis 2003: Netzwerk Courage vom DGB ausgezeichnet

Das „Netzwerk Courage“ gewann den vom DGB Baden-Württemberg erstmals vergebenen „Willi-Bleicher-Preis 2003“. Er ist mit 2000 Euro und einer Skulptur dotiert. 77 Bewerbungen gingen beim DGB ein, von denen die Jury wegen seiner breiten Vernetzung und großen Resonanz das Netzwerk Courage auswählte, das inzwischen in vielen Bundesländern und Städten mit seinen Projekttagen aktiv ist. Der DGB hatte diesen Preis bundesweit ausgeschrieben für Gruppen oder Einzelpersonen, die sich besonders für ein friedliches, gewaltfreies Zusammenleben und gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren. Sonderpreise im Wert von je 500 Euro gingen an folgende Gruppen: das Integrationspro-

jekt „Bunte Gärten Leipzig“ des Vereins Brückenschlag, das Kunstprojekt „8-ung: Gesicht zeigen!!!“ des Theaterlabors Darmstadt, die Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit der DGB-Ortsverbände Neuanspach und Oberursel. Außerdem wird die Hip Hop-Gruppe „Sistaz Diary“

aus Solingen für ihren Song „Unser aller Blut ist rot“ für 14 Tage in das DGB-Jugendcamp in Markelfingen am Bodensee eingeladen. Links im Internet: [www.dgb-bw.de](http://www.dgb-bw.de). ◀

**Preisübergabe: Anneliese Bleicher, DGB-Landeschef Rainer Bliesener (l.) und Vertreter von Netzwerk Courage**



### Karosseriebau

► **Warnstreik:** Im Karosserie- und Fahrzeugbauer-Handwerk Baden-Württemberg gab es im Mai den ersten Warnstreik. Grund: Die Arbeitgeber bestanden auch in der zweiten Tarifverhandlung darauf, dass die Beschäftigten auf Einkommen verzichten sollten statt Einkommenserhöhungen zu bekommen. Mehr als fünf Prozent Verzicht seien notwendig. Alternativ könnten die Beschäftigten ihre Einkommenserhöhung selber finanzieren, indem sie ein bis zwei Wochenstunden länger arbeiteten. Zudem wollen die Arbeitgeber die Tarifrunde verschleppen: Verhandlungen solle es frühestens im November wieder geben, wenn vielleicht die wirtschaftliche Lage wieder besser sei. Das allerdings lassen sich die Beschäftigten nicht gefallen. „Es ist eine Frechheit, was die Arbeitgeber uns zumuten“, sagte etwa Aldo Accardi von Neoplan in Stuttgart. „Wir sind zum Kampf bereit“, ergänzt Alfonso Greco von Auwärter in Steinenbronn. ◀